

- 3. des Abg. Böchel u. Gen. — Drucksache Nr. 986 — wegen Freiermähdigung der Kraftverkehrs-gesellschaft Freistaat Sachsen bei Schüler- und Jugendfahrten.
 - 4. des Abg. Wötcher u. Gen. — Drucksache Nr. 1082 — auf Erlass der durch die Kraftverkehrs-gesellschaft Freistaat Sachsen von den Gemein-den geforderten Garantiesummen, sowie über die hierzu vorliegenden Eingaben.
- (Mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses B, Drucksache Nr. 1149).

Der Antrag Nr. 1149 lautet:
(Die Rinderheitsanträge sind durch ■ besonders bezeichnet.)
Der Landtag wolle beschließen:
I. die Einstellungen
1. bei Kap. 8 des ordentlichen Staatshaushaltsplans für 1929,
2. bei Tit. 7 des außerordentlichen Staatshaushaltsplans für 1929,
3. bei Tit. 8 des außerordentlichen Staatshaushaltsplans für 1929,
4. bei Tit. 9 des außerordentlichen Staatshaushaltsplans für 1929 und
5. bei Tit. 10 des außerordentlichen Staatshaushaltsplans für 1929 nach der Vorlage zu genehmigen;
II. die Regierung zu ermächtigen, über diese Mittel bereits vor der endgültigen Verabschiedung des Staatshaushaltsplans zu verfügen;
III. die Regierung zu ersuchen, umgehend dem Ausschusse eine Aufstellung:
a) über die Verteilung des Kapitals der Kraftverkehrs-gesellschaft Freistaat Sachsen auf die einzelnen Aktionäre und
b) über die Beteiligungen der Kraftverkehrs-gesellschaft an anderen Unternehmungen dem Namen wie der Höhe der Beteiligung nach zu geben;
IV. die Anträge:
a) 1. ■ Nr. 763 unter Abf. 3 wie folgt zu fassen: „Die Gemeinden von der Leistung von Garantiesummen zu befreien.“ Dpfg. 2. Nr. 763 anzunehmen;
b) Nr. 955 abzulehnen;
c) Nr. 986 abzulehnen;
d) Nr. 1082 abzulehnen;
V. ■ die Regierung zu ersuchen, dafür zu sorgen, daß den Erwerbslosen, die zur Kontrolle der Autobuslinien benötigen müssen, die Hälfte des Fahrpreises berechnet wird.
Zu diesem Zwecke soll die Regierung mit den Arbeitsämtern in Verbindung treten; Verlach.
VI. die Eingaben:
a) Nr. 2129 (Prüfungsausschuß) des Gemeindevorstandes Niedertrau,
b) Nr. 2132 (Prüfungsausschuß) der Stadtverordneten zu Olsnitz i. E.,
c) Nr. 2243 (Prüfungsausschuß) des Stadtrats Johannegeorgenstadt,
d) Nr. 2612 (Prüfungsausschuß) des Zentralverbandes der Angestellten, Gau Ohsachsen, Dresden, durch die Erklärung der Regierung für erledigt zu erklären;
e) Nr. 3082 (Prüfungsausschuß) des Gemeindevorstandes Prodnitz,
f) Nr. 3106 (Prüfungsausschuß) des Gemeindevorstandes Weinböhla der Regierung zur Erwägung zu überweisen.

Ver.-Erst. Abg. Wirth (Allj.): Auch bei der Beratung in diesem Jahre hat es eine ganze Reihe von Wünschen gegeben, genau wie im vorigen Jahre. 4 Anträge und 6 Eingaben lagen vor. Sie sind alle sehr gründlich behandelt worden. In erster Linie handelt es sich wieder um die Garantiesumme, die dabei eine große Rolle spielte. Man brauchte eigentlich kein Wort dazu zu sagen, man brauchte nur auf die Ausführungen vom vorigen Jahre zu verweisen, denn auch dort sind bei Beratung dieses Kapitels diese Angelegenheiten gründlich behandelt worden. Ich möchte nur so viel dazu sagen, daß ein Vertrag zwischen den Gemeindeverbänden und Bezirksverbänden geschlossen worden ist, in welchem ausgedrückt wird, daß, sobald diese Kraftwagenverkehrs-gesellschaft Überschüsse erzielt, 50 Proz., also die Hälfte dieses Überschusses an diese Verbände abgeführt wird. Das war die Regelung, die seinerzeit schon mit den Verbänden getroffen worden ist.

Im übrigen möchte ich darauf hinweisen, daß die Entwicklung der Kraftverkehrs-gesellschaft sehr gute Fortschritte gemacht hat, und wir wollen ihr wünschen, daß es in Zukunft so weiter geht. Allerdings, Überschüsse werden auch heute noch nicht erzielt, denn ich verweise darauf, daß die bis jetzt hineingesteckte Summe sich noch nicht einmal mit ganz 7 Proz. verzinst, 6,7 Proz., das ist eine niedrige Verzinsung. Aber immerhin wollen wir hoffen, daß auch auf diesem finanziellen Gebiet Fortschritte gemacht werden.

Außerdem waren Wünsche vorhanden, die dahin gingen, billige Fahrpreise für Arbeitslose, für Beamte und für Schulinder zu schaffen. Es bestehen zurzeit Arbeiterwochenkarten mit einer Ermäßigung von 50 Proz., weiter bestehen für die Angestellten Monatskarten mit einer Ermäßigung von 40 Proz., außerdem gibt es 25er-Karten mit einer Ermäßigung von 30 Proz. und 12er-Karten mit einer Ermäßigung von 20 Proz. Ich glaube, daß doch hier schon eine Möglichkeit besteht, sich billige Fahrpreise selbst zu verschaffen. Es wurde auch bei der Beratung noch weiter darauf hingewiesen, daß durch Benutzung von Sonderfahrten usw. ebenfalls noch Ermäßigung zu erzielen ist. Es wurde in der Aussprache auf die Ermäßigung bei der Eisenbahn hingewiesen. Ich möchte hier darauf hinweisen, daß man schließlich eine Kraftverkehrs-gesellschaft nicht in Vergleich mit der Eisenbahnverwaltung stellen kann; das wird wahrscheinlich auch in Zukunft nicht möglich sein.

Im übrigen wiederhole ich, daß diese ganzen An-

gelegenheiten auch diesmal wieder sehr gründlich behandelt worden sind, und ich bitte Sie, die Anträge des Ausschusses anzunehmen und die Rinderheitsanträge abzulehnen. (Bravo! b. d. Sp.)

Abg. Verlach (Soj.): Zunächst einige Ausführungen über die sozialdemokratischen Anträge Nr. 955 und 986. Der Antrag Nr. 955 verlangt Ausgabe verbilligter Wochen- und Monatskarten für Angestellte und untere Beamte auf den staatlichen Kraftwagenlinien. Dieser Antrag ist im Ausschuss abgelehnt worden, meiner Auffassung nach unbegründet. Denn wenn man an die Debatten denkt, die im Plenum hier in der 93. Sitzung am 22. November stattgefunden haben, wo der Vertreter der Deutschen Volkspartei, der Herr Abg. Voigt, und auch der Vertreter der Wirtschaftspartei erklärt haben, daß diese Anträge zu begrüßen seien, ist die Haltung dieser Parteien im Ausschuss überhaupt nicht zu verstehen. Mein Kollege Weiser hat seinerzeit den Antrag bei der ersten Beratung begründet und schon darauf hingewiesen, daß schon am 27. August 1927 Eingaben des Zentralverbandes der Angestellten an das Finanzministerium gemacht worden sind, die am 5. Oktober von Seiten des Finanzministeriums beantwortet sind. Das Versprechen, das damals von dem Finanzministerium gegeben worden ist, ist bis heute noch nicht eingehalten worden. (Hört, hört! b. d. Soj.)

Die Einkommensverhältnisse der Angestellten und Arbeiter sind so, daß sie eigentlich ineinanderfließen. Es gibt Angestellte, die höhere Löhne haben als die Arbeiter, es gibt auf der anderen Seite aber auch wieder Facharbeiter, die höhere Löhne haben als Angestellte. Wenn unser Antrag fordert, daß die Angestellten und unteren Beamten ebenfalls Arbeiterwochenkarten zu dem Preise bekommen sollen wie die Arbeiter, so ist diese Forderung durchaus begründet.

Mein Kollege Weiser hat dann auch seinerzeit in der Begründung die Gehälter angeführt, die in den Angestelltengruppen bezahlt werden. Wenn in der Gruppe 3 hochqualifizierte Leute beschäftigt werden und diese im allgemeinen im Höchsthöhe Löhne von 190 M. im Monat erhalten und davon 75 M. für eine Fahrkarte bei der Kraftverkehrs-gesellschaft abgeben müssen, so ist das ein unhaltbarer Zustand.

Es ist aber interessant, einmal darauf hinzuweisen in welcher Form der bürgerliche Vertreter der Deutschen Volkspartei Voigt zu unserem Antrage Nr. 955 Stellung genommen hat. (Rehner verliest die Ausführungen des volksparteilichen Abg. Voigt zu dem Antrage Nr. 955 im Plenum des Landtags und fährt fort.) Das sagt der Vertreter der Deutschen Volkspartei, als dieser Antrag Nr. 955 zum ersten Male beraten wurde. Und im Ausschuss stimmt diese Partei dann dagegen. Das ist einfach nicht zu verstehen.

Unser Antrag Nr. 986 verlangt, daß Freiermähdigung bei Schüler- und Jugendfahrten eintreten soll. Hier ist ebenfalls festzustellen, daß die bürgerlichen Vertreter und auch der Abg. Voigt erklärt haben, daß sie diesem Antrage zustimmen werden. Aber auch bei diesem Antrage ist im Ausschuss leider eine andere Stellungnahme erfolgt, sonst würde heute nicht die Ablehnung des Antrages Nr. 986 in der Drucksache verzeichnet. Der Regierungsvertreter hat im Ausschuss dazu erklärt, daß, wenn dieser Antrag angenommen würde, überhaupt Wagen in genügender Zahl nicht zur Verfügung gestellt werden könnten, also die Kraftverkehrs-gesellschaft wäre diesem Verkehrsansturm nicht gewachsen. Jedenfalls aber scheint die Stellungnahme der Regierung durchaus auf anderem Gebiete zu liegen, sie scheint Rücksicht darauf zu nehmen, jedenfalls der Eisenbahn keine Konkurrenz zu machen, und zum anderen auch auf die privaten Firmen Rücksicht zu nehmen, die die Wagenbestellung dann erhalten.

Dann möchte ich noch einmal auf unseren Antrag hinweisen, den wir im Ausschuss B gestellt haben, der ebenfalls im Ausschuss abgelehnt worden ist und als Rinderheitsantrag erscheint, in dem wir fordern, daß den Erwerbslosen, wenn sie zur Kontrollstelle fahren müssen, weil sie einen sehr weiten Weg haben, nur die Hälfte des Preises angedreht wird. Auch dieser Antrag ist abgelehnt worden. Das ist außerordentlich bedauerlich und wird zur Folge haben, daß ein erheblicher Teil der Erwerbslosenunterstützung noch für den Kraftverkehr ausgegeben werden muß.

Dann möchte ich ganz kurz einiges zum Kapitel selbst sagen. Der Etat der Kraftverkehrs-gesellschaft Freistaat Sachsen sieht für 1929 vor, daß etwa 80 neue Omnibusse angeschafft werden sollen. Zu diesem Zwecke ist auch im außerordentlichen Etat eine Summe von 2500000 M. angefordert. Die übrige Summe wird aus Rücklagen gedeckt. Das dieser Fortschritt zu verzeichnen ist, ist durchaus erfreulich. Aber weniger befriedigen kann uns, wenn diese Aufträge nur über die Grenzen von Sachsen hinaus vergebend werden. Gerade für Dresden wäre dies außerordentlich wichtig, denn es steht fest, daß Dresden die größte Arbeitslosigkeit zu verzeichnen hat.

Ich will in diesem Zusammenhange darauf hinweisen, daß die sächsische Maschinenfabrik im ehemaligen Arsenal im vorigen Jahre ihren Betrieb hat einstellen müssen, wo ebenfalls über 3000 Arbeiter beschäftigt gewesen sind. Hier könnte ohne weiteres ein Ausgleich geschaffen werden, wenn die Kraftverkehrs-gesellschaft dazu überginge, in diesen Gebäuden ihre Werkstätten zu vergrößern, sie zu erwerben. Die Sozialdemokratie hat dies seinerzeit schon in einem Antrag gefordert, es ist aber noch nicht zur Beschlussfassung darüber gekommen. Es haben sich nun aber eine ganze Menge Werke draußen im ehemaligen Arsenal eingemietet. Den besten Betrieb hat eine Rotorenfabrik, ich glaube Benz, übernommen. Es ist noch frei in diesem Areal die große Halle, die direkt an der Hauptstraße liegt, mit Straßenbahnverbindung und verglasten. Ich war vor einigen Tagen mit meinem Kollegen Ebert drüben und habe mir die Halle angesehen, und wir sind zu der Auffassung gekommen, daß diese Halle geeignet ist, um eine Vergrößerung der Werkstätten durchzuführen. Die Räume sind durchaus ausreichend, und es muß schon mit Rücksicht darauf, daß unsere eigene Reparaturwerkstätte zu klein geworden ist, hier eine Veränderung

eintreten. In der Lackiererei liegen die Verhältnisse so, daß kaum 2 Wagen hineingehen. Wenn ein Wagen fertig lackiert ist und herausgefahren wird, müssen erst 3, 4 andere Wagen herausgefahren werden, damit überhaupt ein Wagen aus der Lackiererei herauskommen kann. Ähnlich liegt es in der Sattlerei. Die Sattlerei und die Tischlerei sind in Holzbaraden untergebracht, die feuergefährlich und gesundheitsgefährlich sind. Auch hier muß eine neue Werkstätte für diese Berufe geschaffen werden. Mit den Lagerräumen ist das Verhältnis so, daß sie sehr weit ab von der Arbeitsstätte liegen, so daß viel Leerlauf entsteht, da die Arbeiter oft einen weiten Weg vom Lagerraum bis zur Arbeitsstätte gehen müssen, wenn sie etwas brauchen. Es wäre also eine ideale Lösung, wenn wir einen Neubau selbstständig bei der Kraftverkehrs-Aktiengesellschaft durchführen könnten, aber gegenwärtig wird es sicher noch nicht möglich sein. Für die Übergangszeit müßte die große Halle des Arsenals gemietet werden, und hier könnten selbstständig Wagen hergestellt werden, die im eigenen Auftrage in unserer eigenen Halle gebaut würden.

Ich möchte die Herren Abgeordneten ersuchen, unsere Anträge anzunehmen, die sich darauf beziehen, die Verbilligung von Monatskarten für Angestellte und untere Beamte durchzuführen, bei Jugend- und Schülerfahrten denselben Rabatt zu gewähren wie bei der Eisenbahn und dafür zu sorgen, daß die Erwerbslosen die Hälfte des Fahrpreises bezahlen, wenn sie zur Kontrollstelle gehen. (Bravo! b. d. Soj.)

Abg. Scheffer (Komm.): Bei Beratung des Kap. 8 erklärte die Regierung im Ausschuss, daß die Entwicklung der Kraftverkehrs-gesellschaft eine gute gewesen sei. Wir wollen nicht abstreiten, daß verschiedene neue Linien eingeführt worden sind. Wir sind aber der Ansicht, daß das angesichts der Verkehrsnotwendigkeiten viel zu gering ist. Es ist notwendig, daß bedeutend mehr Linien errichtet werden, um die Ansprüche zu befriedigen, die allenthalben gestellt werden.

Wir haben weiter daran Kritik zu üben, daß die Kraftverkehrs-gesellschaft nicht genügend Wagen zur Verfügung stellt. Wir müssen feststellen, daß auf allen Linien die Arbeiter und überhaupt das reisende Publikum in überfüllten Wagen gequetscht wird, so daß es sich kaum bewegen kann. Es ist unbedingt notwendig, daß hier grundräßig Wandel geschaffen wird.

Ein weiterer Mangel ist darin zu suchen, daß die Fahrpläne der Verkehrs-gesellschaft oft so sind, wie die der Reichseisenbahn, d. h. daß die Autos mit der Eisenbahn zu gleicher Zeit fahren. Es müßte so eingerichtet werden, daß zum mindesten ein gewisser Unterschied darin besteht.

Wenn Herr Abg. Wirth als Berichterstatter der Meinung ist, daß die Rinderheitsanträge abgelehnt werden müssen, weil keine Mittel vorhanden sind und auch in Zukunft nicht zu erwarten sein werden, und dies damit erklärt, daß ein Vergleich mit der Reichseisenbahn nicht zu ziehen ist, so hat er vergessen, uns zu sagen, warum zwischen der Reichseisenbahn und der Verkehrs-gesellschaft ein Unterschied besteht. Unseres Erachtens ist es wohl möglich, daß z. B. den proletarischen Jugendorganisationen bei ihren Sonntagsausflügen eine verbilligte Fahrt zugeordnet wird.

Weiter wird Klage darüber geführt, daß die Fahrpreise bei den Autolinien viel zu hoch seien. Was die Belastung der Gemeinden anlangt, die verpflichtet sind, Garantiesummen zu leisten, so ist dazu folgendes zu sagen: Wenn seitens der Regierung gesagt wird, daß jetzt eine Regelung dahingehend erzielt sei, daß die Gemeinden an den Überschüssen beteiligt werden, so muß ich schon sagen, daß die Gemeinden sich für diese Überschüsse bedanken und lieber darauf verzichten, daß ihnen Garantiesummen auferlegt werden, und zwar weil die Regierung gesagt hat, daß die Überschüsse nur dann verteilt werden, wenn sich ein Überschuss definieren läßt. Man wird niemals einen Überschuss definieren können, denn die erzielten Einnahmen werden sämtlich immer verbraucht werden, so daß die Gemeinden niemals in den Besitz der angeforderten Überschüsse kommen. Es ist deshalb notwendig, daß unser Rinderheitsantrag angenommen wird.

Eine weitere Beschwerde fast aller Gemeinden ist die, daß die schwarz-gelben Straßen, die zum großen Teil von den Kraftwagenlinien benutzt werden, kaputt gefahren werden, ohne daß Ersatz dafür zu bekommen ist. Diese Tatsachen haben uns zu den von uns gestellten Forderungen veranlaßt. Wir verlangen, daß mindestens die Gemeinden in dieser Beziehung entlastet werden.

Ministerialrat Adyle: Auf die Anfrage Nr. 1129 hat die Regierung folgendes zu erklären.

Bei der Vermietung von Reklameschildern an den Omnibussen der Staatlichen Kraftwagenverwaltung werden stets zunächst deutsche Firmen aufgefordert, Aufträge zu erteilen. Auch den deutschen Gummiwerken sind diese Reklameschilder angeboten worden; es wurden sogar besondere Vertreter von Dresden aus an die drei großen deutschen Gummiwerken entsendet. Leider haben sich die deutschen Firmen mit einer Ausnahme, der dann auch eine Reklameschilder zugewiesen wurde, nicht entschließen können, Aufträge zu erteilen, und haben damit zu erkennen gegeben, daß sie kein Interesse an der ihnen angebotenen Reklame haben. Der Auftrag der amerikanischen Firma, an die erst nach Ablehnung seitens der deutschen Firmen herangetreten worden ist, gilt nur für einige Wagen und erstreckt sich auf 2 Jahre.

Es ist selbstverständlich, daß die Staatliche Kraftwagenverwaltung es in jedem Falle vorzieht, ihre Reklameschilder an deutsche Unternehmungen zu vergeben.

Die Aussprache ist geschlossen.

In der Abstimmung über den Antrag Drucksache Nr. 1149 werden die Mehrheitsanträge angenommen, die Rinderheitsanträge abgelehnt.

(Schluß der Sitzung 20 Uhr 13 Min.)